



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Normungsstrategie/Normungsverordnung

a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine EU-Strategie für Normung – Globale Normen zur Unterstützung eines resilienten, grünen und digitalen EU-Binnenmarkts festlegen
[COM(2022) 31 final]

b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 hinsichtlich der Entscheidungen der europäischen Normungsorganisationen über europäische Normen und Dokumente der europäischen Normung
[COM(2022) 32 final – 2022/0021 (COD)]

INT/977-983

Berichterstatte^rin: **Sandra PARTHIE**

www.eesc.europa.eu

DE

Befassung	<ul style="list-style-type: none"> a) Europäische Kommission, 02/05/2022 b) Europäisches Parlament, 14/02/2022 c) Rat, 17/02/2022
Rechtsgrundlagen	<ul style="list-style-type: none"> a) Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union b) Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch
Annahme in der Fachgruppe	05/05/2022
Verabschiedung im Plenum	18/05/2022
Plenartagung Nr.	569
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	186/1/3

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Mitteilung der Europäischen Kommission über die Zukunft der EU-Normung im globalen Kontext. Der Vorschlag der Europäischen Kommission spiegelt die Entwicklung internationaler Normen adäquat wider und trägt den eingetretenen Veränderungen Rechnung. In Bezug auf den Vorschlag in Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 begrüßt der EWSA eine Überprüfung der Governance. Bei der Governance der europäischen Normungsorganisationen muss die transparente, offene, inklusive und faire Beteiligung aller relevanten Marktteilnehmer, Verbraucher, Interessenträger der Bereiche Umwelt und Soziales, Gewerkschaften, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Großunternehmen berücksichtigt werden.
- 1.2 Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu gewährleisten, ist ein inklusiver und ausgewogener Ansatz entscheidend, der allen interessierten und betroffenen Interessenträgern umfassende Beteiligung ermöglicht. Die Politik und die Normungsorganisationen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen. Die an die europäische Normungsstrategie gestellte Inklusivitätsanforderung ist weltweit einzigartig und sollte gestärkt werden. Den internationalen Normungsbemühungen mangelt es an Inklusivität, die doch so wichtig ist.
- 1.3 Der EWSA befürchtet, dass in anderen Regionen der Welt Normung zu industriepolitischen und geopolitischen Zwecken eingesetzt wird. Die Europäische Union muss bereit sein, ihren Ansatz anzupassen, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und den Verbraucherschutz zu sichern und zu verbessern. Der EWSA begrüßt daher die 22 vorgeschlagenen Maßnahmen wie die Einrichtung eines hochrangigen Forums zur besseren Koordinierung der Anliegen der Interessenträger, die Schaffung der Funktion eines Leitenden Normungsbeauftragten, die Forderung nach einer Reform der Governance der europäischen Normungsorganisationen, die Festlegung von Normungsprioritäten für den doppelten ökologischen und digitalen Übergang und die Beschleunigung der Normungsverfahren.
- 1.4 Es ist notwendig, den Bottom-up-Ansatz mit marktorientierten Normen und den politisch-strategischen Top-down-Ansatz durch engere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und der Politik einerseits und der Industrie und den sonstigen Interessenträgern andererseits zusammenzubringen, um zu gemeinsamen europäischen Strategien zu gelangen und die demokratischen Werte zu wahren. Zu diesem Zweck muss ein kontinuierlicher Austausch zwischen der Europäischen Kommission, den europäischen Normungsorganisationen, den nationalen Normungsgremien, der Industrie und den Interessenträgern der Zivilgesellschaft eingerichtet werden.
- 1.5 Der EWSA unterstützt ferner die Forderung an die europäischen Normungsorganisationen, ihre Governance zu modernisieren, damit das europäische öffentliche Interesse, die demokratischen Werte sowie die Interessen der KMU, der Interessenträger der Bereiche Umwelt und Soziales, der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und der Nutzer umfassend vertreten sind und der Zugang zu Normen erleichtert wird.

1.6 In der europäischen Normungsstrategie werden mehrere Aus- und Weiterbildungsinitiativen genannt, die sich an Forscher, junge Berufstätige und Praktiker richten und die Entwicklung von Kompetenzen im Bereich der Normung fördern sollen. Der EWSA ist der Auffassung, dass diese Vorschläge für KMU und Kleinstunternehmen entscheidend sind, um einen Rahmen für Investitionen in Talente zu schaffen, und unterstützt nachdrücklich ihre umfassende und rasche Einführung. Er betont, dass die europäischen und nationalen Behörden für alle Beteiligten wie Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen mehr Finanzmittel bereitstellen müssen, um ihre Teilhabe an der Normungsarbeit zu verbessern.

2. **Hintergrund der Kommissionsvorschläge**

2.1 Normen sind ein zentrales Element des EU-Binnenmarkts. In den vergangenen 30 Jahren wurden im Rahmen des europäischen Normungssystems mehr als 3 600 harmonisierte Normen erarbeitet, mit denen die Unternehmen nachweisen konnten, dass sie das EU-Recht einhalten. Europäische Normen haben große Vorteile gebracht. Sie haben gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen im Binnenmarkt geschaffen und das Verbrauchervertrauen gestärkt. Die Festlegung der Inhalte erfolgt in technischen Ausschüssen, in denen ein Staat zwar ein Beteiligungsrecht, jedoch keine weitergehenden Interventionsrechte hat. In einigen EU-Mitgliedstaaten gibt es zusätzliche Vorschriften für die Bearbeitung von Projekten von öffentlichem Interesse. Da harmonisierte Normen Teil des EU-Rechts sind [vgl. Mitteilung der Kommission (2018) 764 final], müssen sie nach demokratischen Grundsätzen erarbeitet werden. Dies wiederum bedeutet, dass sämtliche Interessenträger (einschließlich Zivilgesellschaft, Verbraucher, soziale, ökologische und gewerkschaftliche Interessen sowie KMU) einbezogen werden, damit ein ausgewogener Entscheidungsprozess innerhalb der nationalen, europäischen (und internationalen) Normungsorganisationen gewährleistet ist.

2.2 Die europäische Normung findet in einem zunehmend wettbewerbsorientierten globalen Kontext statt. Die Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Souveränität Europas, die Fähigkeit, Abhängigkeiten zu verringern, und der Schutz der Werte der EU werden genauso wie unsere sozialen und ökologischen Ambitionen davon abhängen, wie erfolgreich die Normung von europäischen Akteuren auf internationaler Ebene betrieben wird. Dies erfordert Ressourcen und Fachwissen aufseiten der europäischen Akteure, ohne die eine europäische Führungsrolle bei der internationalen Normung nicht aufrechtzuerhalten ist.

2.3 Die Ambitionen der EU im Hinblick auf eine klimaneutrale, resiliente und kreislauforientierte Wirtschaft lassen sich ohne europäische Normen nicht verwirklichen. Um eine weltweite Führungsrolle bei der Normung wahren zu können, muss die EU bei den internationalen Normungstätigkeiten eine gewichtige Rolle spielen und die Arbeit in wichtigen internationalen Foren und Institutionen leiten.

- 2.4 In ihrer EU-Strategie für Normung¹ legt die Kommission ihr Normungskonzept für sowohl den Binnenmarkt als auch die globale Ebene vor. Der Strategie wird ein Vorschlag zur Änderung der Verordnung über die Normung², ein Bericht über die Durchführung³ und das jährliche Arbeitsprogramm 2022 der Union für europäische Normung beigefügt⁴. Mit der Strategie soll die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden, um eine widerstandsfähige, grüne und digitale Wirtschaft zu ermöglichen und demokratische Werte bei der Anwendung von Technologien zu verankern.
- 2.5 Insbesondere bei neuen und gerade aufkommenden Technologien gelingt es dem europäischen Normungssystem oft nicht, zeitnah Ergebnisse vorzulegen, sodass der wichtige, mit der Normung verbundene Vorreitervorteil nicht mehr genutzt werden kann. In der Strategie wird eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um Normen wieder in den Mittelpunkt eines resilienten, grünen und digitalen EU-Binnenmarkts zu stellen und die Rolle des europäischen Normungssystems in der Welt zu stärken. Die Politik und die Normungsorganisationen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen. Diese Zusammenarbeit hat sich als erfolgreich erwiesen und bildete die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg und den internationalen Marktzugang für europäische Unternehmen.
- 2.6 Die Kommission schlägt ferner eine Änderung⁵ der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 zur Normung⁶ vor, um die Governance des europäischen Normungssystems zu verbessern. Das europäische System soll offen, transparent, inklusiv und unparteiisch bleiben. Der Vorschlag sieht indes vor, dass Normungsaufträge auf Ersuchen der Kommission an die europäischen Normungsorganisationen von den nationalen Normungsgremien wahrgenommen werden müssen.
- 2.7 Die Kommission hat gemäß Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 eine Mitteilung betreffend das jährliche Arbeitsprogramm der Union für die europäische Normung 2022 vorgelegt. Darin werden die Maßnahmen dargelegt, die die Kommission 2022 zur Verbesserung der Offenheit, Transparenz und Inklusivität des Europäischen Normungssystems (ESS) umsetzen möchte.
- 2.8 Gemäß Artikel 24 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 erstattet die Kommission alle fünf Jahre Bericht über die Durchführung. Die Kommission legte einen zweiten Bericht⁷ vor, der hauptsächlich den Zeitraum 2016-2020 abdeckt und einige bis 2021 aktualisierte Fakten und Zahlen enthält. Demnach hat sich das europäische Normungssystem in einigen Aspekten verbessert, z. B. im Hinblick auf neue IT-Tools. In anderen Bereichen besteht allerdings noch Verbesserungsbedarf. Dies gilt insbesondere für die Inklusivität, die Rolle der nationalen

1 [COM\(2022\) 31 final.](#)

2 [COM\(2022\) 32 final.](#)

3 [COM\(2022\) 30 final.](#)

4 [C\(2022\) 546 – Arbeitsprogramm.](#)

5 [COM\(2022\) 32 final.](#)

6 [ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12.](#)

7 [COM\(2022\) 30 final.](#)

Normungsgremien im europäischen Normungssystem und die Vorlagefristen für harmonisierte europäische Normen an die Kommission.

3. Allgemeine Bemerkungen

- 3.1 Der EWSA begrüßt die Mitteilung der Europäischen Kommission über die Zukunft der EU-Normung im globalen Kontext. Der Vorschlag der Europäischen Kommission spiegelt die Entwicklung internationaler Normen adäquat wider und trägt den eingetretenen Veränderungen Rechnung. Ziel ist eine starke europäische Mitsprache und die Sicherung europäischer Interessen in Normungsverfahren und -strukturen. Wenn es Europa gelingt, die Dynamik des doppelten Übergangs richtig zu nutzen, kann es zum Schrittmacher im Bereich der grünen und digitalen Normung werden.
- 3.2 In Bezug auf den Vorschlag in Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 begrüßt der EWSA eine Überprüfung der Governance. Bei der Governance der europäischen Normungsorganisationen muss die transparente, offene, inklusive und faire Beteiligung aller relevanten europäischen Marktteilnehmer, Verbraucher, Interessenträger der Bereiche Umwelt und Soziales, Gewerkschaften, KMU und Großunternehmen, berücksichtigt werden. Sie muss dem legitimen Bereich der Normung entsprechen und eine Aushöhlung demokratisch legitimer Gesetzgebungsverfahren sowie übermäßige Forderungen nach Normung vermeiden.
- 3.3 Traditionell wurden Normen von der Industrie entwickelt. Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu gewährleisten, muss allen interessierten und betroffenen Interessenträgern die uneingeschränkte Beteiligung ausgewogen ermöglicht werden. Die Politik und die Normungsorganisationen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen. Die an die europäische Normungsstrategie gestellte Inklusivitätsanforderung ist weltweit einzigartig und sollte gestärkt werden. Den internationalen Normungsbemühungen mangelt es an Inklusivität, die doch so wichtig ist.
- 3.4 Der EWSA begrüßt die Vorteile des neuen Rechtsrahmens der Europäischen Kommission in Bezug auf die Nutzung harmonisierter Normen, um die regulatorischen Erfordernisse zu konkretisieren. Der EWSA betont ausdrücklich, dass es bei der Normung nicht darum geht, Regulierungsbefugnisse auf den Privatsektor zu übertragen. Sozialpolitische Erwägungen im Zuständigkeitsbereich der Sozialpartner und/oder der Regulierungsbehörden sollten weder Sache der europäischen Normungsorganisationen noch der internationalen Normungsgremien sein. Der EWSA betont, dass insbesondere die Normung von Dienstleistungen eine sorgfältige Prüfung der demokratischen Legitimation erfordert. Dienstleistungen sind von ausgesprochen unterschiedlicher Natur und Komplexität. Sie reichen z. B. von Postdiensten bis hin zu komplexen intellektuellen Dienstleistungen; allzu generelle Normen würden dem nicht gerecht.
- 3.5 Der EWSA befürchtet, dass in anderen Regionen der Welt Normung zu industriepolitischen und geopolitischen Zwecken eingesetzt wird. Die Europäische Union muss bereit sein, ihren Ansatz anzupassen, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und den Verbraucherschutz zu sichern und zu verbessern. Der EWSA begrüßt daher die

22 vorgeschlagenen Maßnahmen wie die Einrichtung eines hochrangigen Forums zur besseren Koordinierung der Anliegen der Interessenträger, die Schaffung der Funktion eines Leitenden Normungsbeauftragten, die Forderung nach einer Reform der Governance der europäischen Normungsorganisationen, die Festlegung von Normungsprioritäten für den doppelten ökologischen und digitalen Wandel und die Beschleunigung der Normungsverfahren. Das europäische und das internationale Normungssystem sollte durch diese Maßnahmen gestärkt werden.

4. **Besondere Bemerkungen**

- 4.1 Normen schaffen Märkte. Der EWSA ist der Auffassung, dass der europäische Binnenmarkt und die Gewährung des Zugangs Dritter zu diesem Markt ebenfalls strategische Vorteile bieten. Um die Interoperabilität von Produkten und Dienstleistungen weltweit und in verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen sicherzustellen, muss der Grundsatz einer überall einheitlichen Normung gewahrt werden. Es muss sichergestellt werden, dass Normungsprozesse, die von wirtschaftlichen oder den politischen Interessen Dritter geleitet sind, nicht über demokratisch verabschiedete Rechtsvorschriften gesetzt werden.
- 4.2 Der EWSA ist der Auffassung, dass internationale Normen, insbesondere wenn sie in europäische Normen umgesetzt werden, den europäischen sozialen Werten Rechnung tragen müssen, und dass ein wirklich integratives internationales Normungssystem sicherzustellen ist. In diesem Zusammenhang fordert der EWSA eine konsequentere Anwendung der von den Normungsgremien geschlossenen Vereinbarungen von Wien⁸ und Frankfurt⁹. Diese sollen verhindern, dass europäische Normen mit internationalen Normen im Wettbewerb oder sogar im Widerspruch stehen.
- 4.3 Die Umsetzung bestehender Normungsverpflichtungen in EU-Handelsabkommen und die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern in strategischen Bereichen und in internationalen Normungsorganisationen in Normungsangelegenheiten sind für den Erfolg ausschlaggebend. Der EWSA ist der Auffassung, dass der Dialog mit den Vereinigten Staaten durch die Zusammenarbeit im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierates (TTC) gestärkt werden sollte und dass digitale Partnerschaften mit Japan, Singapur und Süd-Korea und anderen gleichgesinnten Ländern vorteilhaft sein können.
- 4.4 Es ist notwendig, den Bottom-up-Ansatz marktorientierter Normen und den politisch-strategischen Top-down-Ansatz durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Politik einerseits und der Industrie und den sonstigen Interessenträgern andererseits zusammenzuführen, um gemeinsame europäische Strategien zu entwickeln. Zu diesem Zweck muss ein kontinuierlicher Austausch zwischen der Europäischen Kommission, den europäischen Normungsorganisationen, den nationalen Normungsgremien und der Industrie eingerichtet werden.

⁸ [https://isotc.iso.org/livelink/livelink/fetch/2000/2122/3146825/4229629/4230450/4230458/01_Agreement_on_Technical_Cooperation_between_ISO_and_CEN_\(Vienna_Agreement\).pdf?nodeid=4230688&vernum=-2](https://isotc.iso.org/livelink/livelink/fetch/2000/2122/3146825/4229629/4230450/4230458/01_Agreement_on_Technical_Cooperation_between_ISO_and_CEN_(Vienna_Agreement).pdf?nodeid=4230688&vernum=-2).

⁹ http://www.iec.ch/about/globalreach/partners/pdf/IEC-CENELEC_Frankfurt_Agreement%7B2016%7D.pdf.

- 4.5 Der EWSA unterstützt ferner die Forderung an die europäischen Normungsorganisationen und ihre Mitgliedsorganisationen, ihre Governance zu modernisieren, damit das öffentliche Interesse und die Interessen der KMU, der Interessenträger der Bereiche Umwelt und Soziales, der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und der Nutzer umfassend vertreten sind und der Zugang zu Normen erleichtert wird. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass solche Überprüfungen weder die laufenden Normungsarbeiten lähmen noch Verzögerungen bei den in Verkehr gebrachten Produkten verursachen. Die Frage der kostenlosen Bereitstellung von Normen ist mit allen beteiligten Marktteilnehmern zu erörtern.
- 4.6 Der EWSA weist darauf hin, dass Normen nicht nur den technischen Aspekt eines Produkts regeln, sondern auch Auswirkungen auf die Menschen haben können. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission auf, genauer festzulegen, wie die EU-Mitgliedstaaten dafür in die Verantwortung zu nehmen sind, damit die Verbände der Zivilgesellschaft aktiv an Normungstätigkeiten teilnehmen können. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, weitere finanzielle Unterstützungsmaßnahmen bereitzustellen, um KMU und gesellschaftliche Interessenträger (z. B. Verbraucherorganisationen), die über wenige Ressourcen verfügen, zu unterstützen, damit sie an Normungsprozessen teilnehmen können, um eine ausgewogene Vertretung zu gewährleisten. Sie bieten ein breites Spektrum an unabhängigem Fachwissen und Erfahrungen, die für Normungsprozesse relevant sind. Der EWSA weist auch darauf hin, dass die Nichtanwendung von Normen trotz ihres freiwilligen Charakters schwerwiegende negative Auswirkungen haben kann, darunter Probleme mit Haftung und Konformität.
- 4.7 Der EWSA hält es für wichtig, dass alle Interessenträger, europäische Normungsorganisationen und andere Partner zusammenarbeiten. Es gilt, die festgestellten Normungserfordernisse, darunter für die Produktion von COVID-19-Impfstoffen und -Arzneimitteln, das Recycling kritischer Rohstoffe, die Wertschöpfungskette für sauberen Wasserstoff, CO₂-armen Zement sowie Zertifizierungen von Chips und Datenstandards unverzüglich anzugehen. Der EWSA fordert die Kommission daher auf, vor der Festlegung von Normungsprioritäten Gespräche mit den Mitgliedstaaten der EU und Interessenträgern zu führen, damit keine wichtigen Normungsbereiche außer Acht gelassen werden. Damit würde sichergestellt, dass die laufenden Normungsarbeiten nicht durch neue Ziele unterbrochen werden.
- 4.8 Der EWSA unterstützt nachdrücklich beschleunigte Normungsverfahren und schlägt rechtliche Überprüfungen der Normen auf Ebene der technischen Ausschüsse sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Beratern für harmonisierte Normen (HAS-Berater) vor.
- 4.9 Der EWSA befürchtet, dass die vorgeschlagene Überprüfung bestehender Normen im Hinblick auf die Ziele des europäischen Grünen Deals und des doppelten Übergangs zu einer massiven Überarbeitung der Normen führen könnte. Dies würde die Erarbeitung dringend benötigter neuer Normen verzögern. Eine solche Überprüfung erfordert Ressourcen, die nicht allein von der Großindustrie, sondern auch von nationalen Behörden, Forschungsinstituten, Umwelt- und Sozialinteressenträgern und Gewerkschaften stammen sollten.
- 4.10 In diesem Zusammenhang verweist der EWSA darauf, dass gleichwertige Alternativlösungen angewendet werden können. Dieses Konzept ist gerade auch für die Innovation äußerst wichtig; es muss gestärkt, durchgesetzt und besser kommuniziert werden, um Innovationshemmnisse

aufgrund potenzieller Haftungsansprüche zu vermeiden. Der EWSA betont jedoch, dass solche Lösungen nicht in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit eingesetzt werden sollten. „Gleichwertige alternative Lösungen“ sollten auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge als Instrument für die Übernahme von Normen in Betracht gezogen werden.

- 4.11 Der EWSA unterstützt den Vorschlag, ein hochrangiges Forum einzurichten. Es soll die Kommission dabei unterstützen, künftige Normungsprioritäten zu antizipieren und mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zusammenarbeiten, um die politische Abstimmung über diese Prioritäten sicherzustellen. Allerdings ist es entscheidend, die Beteiligung der Industrie und anderer relevanter Interessenträger an diesem hochrangigen Forum und die Kohärenz in Bezug auf die Arbeit des Industrieforums der EU und der Industrieallianzen sicherzustellen. Der EWSA fordert die Kommission auf, die Beziehung zwischen dem vorgeschlagenen Exzellenzzentrum für Normen und den anderen Foren zu klären.
- 4.12 In der Strategie werden mehrere Aus- und Weiterbildungsinitiativen genannt, die sich an Forscher, junge Berufstätige und Praktiker richten und die Entwicklung von Kompetenzen im Bereich der Normung fördern sollen. Dazu gehören ein „Standardisation Booster“, Normungstage an Hochschulen, die Verbreitung einschlägiger Materialien durch die EU-Akademie und die Finanzierung von Normungsprojekten im Ausland. Der EWSA ist der Auffassung, dass diese Vorschläge für KMU und Kleinunternehmen entscheidend sind, um einen Rahmen für Investitionen in Talente zu schaffen, und unterstützt nachdrücklich ihre umfassende und rasche Einführung.
- 4.13 Insbesondere befürwortet der EWSA die internationale Zusammenarbeit im Bereich der EU-Normen unter Nutzung von EU-Programmen und -Mitteln (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit „Europa in der Welt“ und „Horizont Europa“). Er unterstützt die Beteiligung von Interessenträgern an der internationalen Normung im Ausland (KMU, Zivilgesellschaft, Hochschulen), z. B. in Afrika. Dies ist eine positive Initiative, um dem Engagement anderer Weltregionen auf dem afrikanischen Kontinent etwas entgegenzusetzen. Die Stärkung der Normung sollte zu einem Schlüsselement der Initiative „Global Gateway“ werden.

Brüssel, den 18. Mai 2022

Christa Schweng
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
